Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2014-04-01

Dezernat/ Amt: III / Amt für Umwelt
Bearbeiter/in: Frau Grit Hecht
Telefon: 5000 - 111

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01883/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Umwelt und Ordnung
Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Baumschutzsatzung Schwerin

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt die neue Baumschutzsatzung (Anlage 1).

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Mit dem neuen Naturschutzausführungsgesetz M-V vom 23. Februar 2010 wurde der landesweit geltende Mindestbaumschutz in §18 bestätigt. Danach sind landesweit Bäume ab einem Stammumfang von 100 cm, gemessen in 1,30 m Höhe, geschützt. Neben dieser vorrangigen Schutznorm ist im Stadtgebiet Schwerin bisher die Baumschutzsatzung vom 20.05.2005 anzuwenden. Diese städtische Satzung stellt Bäume schon ab einem Stammumfang von teilweise 50 cm (innere Ortsteile) bzw. 80 cm (äußere Ortsteile) in 1 m Höhe unter Schutz. In der derzeitigen Baumschutzsatzung der Stadt findet sich kein Hinweis auf die auch zu berücksichtigende landesweite Baumschutznorm im §18 NatSchAG M-V. Die Baumschutzsatzung erscheint aktuell nicht ausreichend anwenderfreundlich, weil sie keinen Hinweis auf die landesweit geltende Mindestbaumschutznorm enthält und beide Normen teilweise unterschiedlichen Fachdefinitionen (z.B.: Messung des Stammumfangs in 1 m bzw. 1,3 m Höhe) enthalten. Eine Anpassung an das Landesrecht ist erforderlich. Die aktuelle Baumschutzsatzung ist teilweise für Anwender schwer verständlich und daher wenig bürgerfreundlich. In dem vorgelegten neuen Entwurf wurde der Satzungstext gestrafft und, eng an die Empfehlungen des Deutschen Städtetages (Musterentwurf Baumschutzsatzung 2012) angelehnt, neu formuliert.

Die Verwaltung schlägt im Wesentlichen folgende Änderungen gegenüber der Baumschutzsatzung von 2005 vor:

Der Schutz von Nadelbäumen (außer Eibe und Ginkgo) mit einem Stammumfang von weniger als 100 cm wird aufgehoben. Die Deregulierung an dieser Stelle ist im Interesse der Bürger und führt zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwandes. Viele Studien belegen den deutlich höheren Artenschutzwert (z.B. für Insekten und Vögel) von standortheimischen Laubgehölzen gegenüber den hier standortfremden Nadelbäumen.

Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 100 cm sind weiterhin im Außen- und Innenbereich (Ausnahme: Hausgärten) landesrechtlich unmittelbar geschützt.

Für Pappeln ist eine Sonderregelung vorgesehen. Pappeln im Innenbereich unterliegen grundsätzlich dem Schutz der Baumschutzsatzung. Bei entsprechender Ersatzpflanzung von standortgerechten Arten ist die Fällung zwingend zu genehmigen.

Verkehrssicherheitsprobleme wg. gattungsspezifisch erhöhter Astabbruchgefahr bei Pappeln führen deutschlandweit zu vielen gerichtlichen (VG, OVG, BGH)

Auseinandersetzungen mit Flächeneigentümern. Bei den aus Artenschutzsicht besonders wertvollen Schwarz- und Zitterpappeln im Außenbereich bestehen diese Probleme kaum.

Pappeln im Außenbereich unterliegen dem Schutz des § 18 NatSchAG M-V.

Mit der neuen Satzung werden die Baumschutzregelungen einheitlich im gesamten Stadtgebiet angewandt. Der Musterentwurf des Städtetages empfiehlt keine räumlich differenzierten Baumschutznormen.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung und Anpassung der Baumschutzsatzung an das Landesrecht ist auch eine Anpassung der Bewertung der zu ersetzenden Bäume in der Anlage erfolgt. Die bisher bestehende erhebliche Differenz zwischen den Ersatzforderungen für Bäume, die dem Schutz des § 18 NatSchAG M-V unterliegen und für Bäume die durch die Baumschutzsatzung geschützt sind, wurde deutlich minimiert ohne die fachlichen Belange (Gehölzart, Standort, Vitalität) außer Acht zu lassen. In der bisherigen Bewertung war eine Ausgleichszahlung für frei wachsende Hecken nicht enthalten.

Details zum öffentlichen Beteiligungsverfahren vom 4. Februar bis 5. März 2014 sind in der Synopse (s. Anlage) dargestellt. Anregungen und Bedenken wurden bewertet und entsprechende Abwägungsvorschläge formuliert. Einige klarstellende Korrekturen gegenüber dem Satzungsentwurf der Verwaltung wurden in einen geringfügig modifizierten Satzungstext eingearbeitet.

2. Notwendigkeit

Die fachliche Notwendigkeit der Überarbeitung der Baumschutzsatzung von 2005 ergibt sich aus den Regelungen zum landesweit geltenden Mindestbaumschutz im § 18 des Naturschutzausführungsgesetzes M-V vom 23. Februar 2010.

Eine Baumschutzsatzung in Schwerin ist notwendig, weil

- a. ein ausreichendes Grünvolumen, notwendige Wohnumfeldqualitäten, wirksame Klimaschutzeffekte sowie die Biologische Vielfalt im Stadtgebiet gesichert werden sollen,
- b. der landesrechtliche Mindestbaumschutz erheblich weniger Bäume im Stadtgebiet erfasst, als die kommunale Baumschutzsatzung und
- c. eine Streichung der kommunalen Baumschutzsatzung erheblich weniger Auflagen zur Ersatzpflanzung bei Fällungen ermöglicht und die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt i.S. der vorgenannten Ziele eingeschränkt werden.

3. Alternativen

Beibehaltung der aktuell geltenden Baumschutzsatzung von 2005, mit den zum Teil strengeren Schutzbestimmungen (z. B. Nadelbäume, Pappeln).

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Baumschützersatzgelder werden künftig etwas geringer ausfallen. Gebühreneinnahmen in Höhe von 8.000 bis 10.000 € werden über die Anwendung der Verwaltungskostensatzung erzielt.

Der Einsatz von 1,25 Stellen im Amt 36 ist weiterhin notwendig.

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben: siehe Angaben oben unter „Notwendigkeit“

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten: keine

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen): keinen

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e): keinen

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

Anlage 1: Baumschutzsatzung (Lesefassung) mit Anlagen 1.1 und 1.2

Anlage 2: Synopse Abwägungsvorschläge nach TÖB - Beteiligung und Offenlage

Anlage 3: Liste Stellungnahmen öffentlichen Beteiligungsverfahren Entwurf
Baumschutzsatzung Schwerin 2014

Anlage 4: TÖB - Stellungnahmen, Stellungnahme aus öffentlicher Auslegung (Originale)

Ablage 5: Synopse Baumschutzsatzungen – Mindestbaumschutz - Mustersatzung

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin